

PRESSEINFORMATION

10. Juni 2020

Umfrage von NEOS Kärnten bestätigt: Wenig direkte Zuwendungen und viel Bürokratie für Unternehmer_innen

Während der Covid-19-Zeit starteten NEOS Kärnten eine Umfrage für Kärntner Unternehmer_innen, um ein Stimmungsbild der wirtschaftlichen Lage, vor allem in Bezug auf die von der Bundesregierung versprochenen Unterstützungsleistungen, zu erhalten. Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein deutliches Bild: Wenig direkte Zuwendungen und praxisuntaugliche politische Vorgaben.

Insgesamt beteiligten sich 73 Unternehmer_innen aus den verschiedensten Branchen an der Umfrage. Der Großteil ist in den Sparten Gewerbe und Handwerk (19,18%), Information und Consulting (16,44%) sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft (13,7%) tätig und bewegt sich in der Größenordnung von Klein- und Mittelunternehmen.

Dabei verdeutlicht die Umfrage, dass die Maßnahmen rund um Covid-19 nicht nur für junge Unternehmen und Start-Ups schwerwiegende Folgen haben, sondern auch für bereits etablierte Unternehmen. 16,44% der Umfrageteilnehmer_innen gaben an, dass ihre Firma bereits vor 1990 gegründet wurde, 38,36% wurden zwischen 1990 und 2010 gegründet. Hier kann von gut etablierten und wirtschaftlich langfristig stabilen Organisationen gesprochen werden. Dennoch beteiligten sich auch einige Jungunternehmen und Start-Ups an der Umfrage. So gaben rund 20,55% Teilnehmer_innen an, ihr Unternehmen zwischen 2016 und 2020 gegründet zu haben.

Kaum direkte Zuwendungen durch den Bund

Die Umfrage ergab, dass viele Kärntner Unternehmen keine oder kaum direkte Zuwendungen erhielten, um die Corona-Krise zu bewältigen. So gaben 47,95% der Teilnehmer_innen an, überhaupt keine und 19,18% weniger als 1.000 Euro an Zuwendungen erhalten zu haben – vor dem Hintergrund, dass der Großteil der Befragten in diesem Jahr mit einem Umsatzverlust von bis zu 50.000 Euro rechnet. Allein aufgrund der Corona-Maßnahmen rechnen 20,55% mit einem Umsatzverlust von bis zu 10.000 Euro, 17,81% mit bis zu 20.000 Euro und immerhin 13,7% mit bis zu 50.000 Euro Verlust. 17,81% der Befragten rechnen sogar mit bis zu 100.000 Euro oder mehr an Umsatzeinbußen allein aufgrund der Covid-19-Beschränkungen.

Dieses Bild zieht sich auch durch die Bundesländer: Vergangenen Donnerstag haben UNOS auf Bundesebene und zahlreiche von der Corona-Krise betroffene Unternehmer_innen bei der Protest-Aktion „Sag’s laut!“ die Auflösung der Wirtschaftskammer-Milliarde und den Rücktritt von WKO-Präsident Harald Mahrer gefordert, informiert NEOS-Kärnten-Landessprecher **Markus Unterdorfer-Morgenstern**. „Der Corona-Härtefallfonds ist viel zu bürokratisch, die Wirtschaftskammer stellt sich als reiner Abwickler dar, statt tatsächlich die Interessen der Wirtschaftstreibenden zu vertreten. Wir fordern vehement die Auflösung der Kammerrücklagen, um damit Unternehmer_innen unter die Arme zu greifen“, so Unterdorfer-Morgenstern.

Mehr Transparenz und weniger Bürokratie

Am Ende der Umfrage von NEOS Kärnten bestand für die Unternehmer_innen die Möglichkeit, Kritik, Wünsche und Anliegen zu äußern. Diese Möglichkeit wurde von zahlreichen der 73 Teilnehmer_innen genutzt. Die Kärntner Unternehmer_innen fordern dabei vor allem weniger Bürokratie und eine schnellere Abwicklung der versprochenen Hilfen sowie mehr Transparenz bei der Vergabe von Hilfsleistungen. „Die Abwicklungsmodalitäten für den Corona-Härtefall-Fonds und andere versprochene Hilfspakete sind einfach viel zu bürokratisch“, gibt Unterdorfer-Morgenstern zu bedenken.

Um in dieser herausfordernden Zeit Hilfe vom Staat zu erhalten, brauchen Wirtschaftstreibende immer noch viel Geduld. Neben der bürokratischen und komplizierten Antragsstellung verläuft nämlich auch die Auszahlung von Hilfgeldern äußerst schleppend. „Statt direkter Unterstützung hat die Regierung die Banken als Problemlöser eingespannt, ohne sich ausreichend mit der wirtschaftlichen Realität zu befassen. Tatsächlich kommt dadurch das Geld in den Unternehmen nämlich nicht an. Wer bereits eine schlechte Liquidität und Kredite laufen hat wird aufgrund der geringen Bonität abgelehnt. Daran ändern auch die „Staatsgarantien“ kaum etwas. Wer bislang auf Kredite verzichten konnte, wird als „Neukunde“ eingestuft und bekommt zu hören, dass die Bank aktuell leider keine Neukunden aufnimmt“, erklärt der Klagenfurter Unternehmer **Janos Juvan**.

Der Großteil der Wirtschaftstreibenden leidet nach eigenen Angaben zudem darunter, dass die Bundesregierung mutmaßt, alle Unternehmer_innen könnten das Corona-Beihilfensystem unberechtigt ausnützen wollen.

Vorfinanzierung im Kurzarbeitsmodell für Kleinunternehmer schwer leistbar

Das Kurzarbeit-Modell schnitt bei den Unternehmer_innen ebenfalls nicht gut ab. Kritik gab es vor allem dafür, dass es kleinen und mittleren Unternehmen nichts bringe. „Der Aufwand, um das Kurzarbeitsmodell in Anspruch zu nehmen, ist sehr hoch. Zudem können sich viele, vor allem kleinere Unternehmen, eine monatelange Vorfinanzierung der Gehälter ohne laufende Umsätze nicht leisten“, kritisiert Janos Juvan. Zu Beginn der COVID-19 Zeit wurden die Unternehmer_innen dazu aufgerufen, dieses Modell für ihre Mitarbeiter_innen zu nutzen, um die Arbeitslosigkeit nicht noch stärker ansteigen zu lassen. Viele sind diesem Aufruf gefolgt. Nachträglich würden es die meisten von Ihnen wohl anders machen.

Zudem fordern die Kärntner Unternehmer_innen mehr Planungssicherheit und einen klaren Fahrplan für die kommenden Monate sowie klarere und detailliertere Informationen rund um Corona.

„Die Politik muss mit nachvollziehbaren und transparenten Handlungen eine stabile Basis für die Zukunft schaffen und den Unternehmer_innen so neue Zuversicht ermöglichen“, gibt Unterdorfer-Morgenstern die Richtung vor.

Rückfragen:

Landesgeschäftsführerin Mag. Verena Polzer

verena.polzer@neos.eu

+43 664 88782422

[kaernten.neos.eu](https://www.kaernten.neos.eu)